

Chronologie eines Krieges

Langjährige Russland-Korrespondentin und Buchautorin Sabine Adler schildert in Lauterbach die Vorgeschichte des Ukraine-Konfliktes

LAUTERBACH (ruk). Es war nicht die angekündigte Buchvorstellung, dafür eine wegweisende Geschichtsstunde zum Ukraine-Krieg mit interaktiver Fragerunde und großem Informationsgehalt für die Zukunft, den der Soroptimist International (SI) Club Lauterbach-Vogelsberg im Rahmen der „Nie wieder Krieg“-Aktion kostenfrei bot. Wer im Posthotel Johannesburg die vollbesetzte Veranstaltung um Autorin Sabine Adler und ihr Buch „Die Ukraine und wir“ erlebt hatte, ging mindestens mit der Wissensbasis zu einer fundierten Meinung um den Ukrainekrieg.

„Ich wollte keinen Vortrag halten, aber das wird jetzt ein Vortrag“, eröffnete Sabine Adler. Und es war viel, was sie in rund zwei Stunden packte. Die 1963 in Zörbig geborene ehemalige Russland-Korrespondentin des Deutschlandfunks, ehemalige Außenpolitik-Korrespondentin des Deutschlandradios, zwischenzeitlich auch Leiterin des Hauptstadtbüros des Deutschlandfunks und Leiterin von Presse und Kommunikation des Deutschen Bundestages, ist seit 2012 Korrespondentin der erweiterten Osteuropa-Berichterstattung des Deutschlandfunks mit Tätigkeit in Kiew – und an Erfahrung und Fachwissen zum Thema damit vermutlich schwer zu überbieten. Sie erlebte sämtliche außenpolitische Entscheidungen des Westens und die Reaktionen im Osten, auch mit einer Ukraine zwischen den Fronten. „Ich hatte noch nie eine Leiche gesehen und bin über acht Tote gestiegen“ erzählte sie. Als Journalistin ist sie seit 25 Jahren live im Geschehen.

Nach der persönlichen Vorstellung durch die lokale SI-Club Präsidentin Barbara Peters wagte sich Adler direkt an die kritischen Fragestellungen. Nach Adler hätte Deutschland den Krieg nicht verhindern können, habe aber maßgeblich zur Entstehung beigetragen. Nach den NATO-Osterweiterungen 1999 und 2004 habe Russlands Präsident Putin 2007 auf der Sicherheitskonferenz in München erklärt: „Ich denke, dass für die heutige Welt das monopolare Modell nicht nur ungeeignet, sondern überhaupt unmöglich ist.“ Ein Wink mit dem Zaunpfahl für den Westen, Zeit für betroffene Länder Stellung zu beziehen. Im April 2008 wurde das Ersuchen der ehemaligen Sowjetrepubliken Georgien und Ukraine um eine Aufnahme ins Nato-Bündnis dennoch abgelehnt. Auch Merkel sah in dem Ersuchen „eine Kriegserklärung an Russland“. Noch im selben Jahr griff Russland den Staat an der Schnittstelle zwischen Europa und Asien militärisch an. Es war die erste Disziplinarmaßnahme gegen die „klei-



SI-Präsidentin Barbara Peters (links) dankt der Referentin mit einem Geschenk.

Foto: Ruben König

nen Russen“ durch die „großen Russen“, mit der Ukraine auf der Warteliste. Das Muster sei somit vor mehr als zehn Jahren schon deutlich gewesen: Frieden gegen Landverzicht bei klarer Anerkennung des Siegers Russland. Putin setzte Zeichen. „Georgien gab damals schnell klein bei“, berichtete Adler. An etlichen Stellen habe es große Demonstrationen gegeben, als man gegen die Demokratie entschied. Die letzte freie Wahl in Russland habe 1999 stattgefunden, und ein Ost-West-Konflikt sei hier schon deutlich gewesen, wie auch Putins Haltung zur Politik der ehemaligen Sowjetstaaten. Deutschlands Position? 2010 baute man gegen alle Warnungen der Balten, der USA und der Ukraine die Gas-Pipeline Nordstream 1 nach Russland. Wo Altkanzler Gerhard Schröder noch mit Putin feierte und Russland dazu verhalf, die Pipelines durch das Gas-Transitland Ukraine obsolet zu machen, verhalf man Russland, eine militärische Aufrüstung zu finanzieren, so die Referentin. Es habe viele Möglichkeiten für Deutschland zu reagieren gegeben, betont Adler, aber man habe die Hochrüstung von Russland gelassen beobachtet und entgegen aller Anzeichen und Warnungen gehandelt.

In der Ukraine stellte sich Präsident Wiktor Juschtschenko im Kaukasuskrieg 2008 noch gemeinsam mit den USA an die Seite von Georgien. Im Streit mit Gegenkandidatin Julija Tymoschenko verloren allerdings beide die Wahl an den prorussischen Wiktor Janukowytsch – und dieser erklärte direkt mit seinem Amtsantritt der NATO-Mitgliedschaft und dem Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union eine Absage. Die Korruption in der Ukraine erreichte eine neue Ebene: Konkurrentin Tymoschenko wurde mit konstruiert wirkenden Vorwürfen zu

sieben Jahren Haft verurteilt und unter unzumutbaren Bedingungen in der ostukrainischen Stadt Charkiw inhaftiert. Die Ukraine verschob sich in Richtung eines autoritären Systems.

„Die Bevölkerung hat diesmal gesagt ‚Wir weichen nicht, wir wollen nicht noch einmal auf eine neue Chance warten‘“, berichtete Adler. Es kam zu heftigen Aufständen um den EU-Beitritt („Euromaidan“), und Janukowytsch musste nach Russland fliehen. Russland erklärte die Lage 2014 zu einem Putsch, und die ukrainische Regierung entschied, auf die Demonstranten zu schießen. Der Westen schaute zu. Es wurde eine neue Übergangsregierung gebildet, und Putin besetzte die ukrainische Krim militärisch. Im Westen bewegte sich wenig. Adler berichtet, Putin habe moskautreue Beobachter in das Parlament geschleust und aktiv dafür gesorgt, dass man zu Russland gehören wolle und die Krim annektieren könne. „Andere kamen gar nicht rein“, erzählt die Journalistin, „dank des Krim-Sicherheitspersonals“. Im ganzen Land gab es Demonstrationen und russische „Zivilisten“ seien angereist und hätten „mitgemischt und aufgemischt“. Die heftigsten Aufstände gab es innerhalb des Donbass, „weil sie nicht noch einmal Land verlieren wollten mit der Taktik“, so Adler. Die militärische Verteidigung brachte von Moskau unterstützte Separatisten mit sich und es kam zum Krieg in der Ostukraine. „Ein Drittel der Menschen sind geflohen, und die 13 000 Toten bis dahin haben wir in Deutschland weiterhin ‚Konflikt‘ genannt“, bedauerte die Journalistin, die alles live im Osten erlebt hatte. Dem nicht genug. „Die absolut wirkungslosen EU-Sanktionen haben Putin sogar angefeuert, weiterzumachen: Er wusste jetzt, dass ihm trotz eines Angriffskrieges keine Gefahr

droht“, mahnte Adler. Besonders wies sie darauf hin, dass man im Juli 2021 Putins Meinung habe genau nachlesen können: Er erklärte offen, die Ukrainer seien die „kleinen Russen“, es gäbe keine ukrainische Sprache, es gäbe keine eigene Kultur. Wie die Belarussen gehöre auch die Ukraine Russland. Alle Militärangehörigen hätten dies als Pflichtlektüre lesen müssen. Hilferufe der Ukraine habe man hier ignoriert, obwohl der Krieg auf der Hand gelegen habe.

In einer umfangreichen Fragerunde wurden die wichtigsten Fragen beantwortet. So stellte Adler klar, Deutschland sei als Vermittler allein schon durch Nordstream 2 mitten während des Krieges 2015 verbrannt. Dieses Signal an Putin sei auch ein schwerwichtiges an die Ukraine gewesen. Ein russisches Terrorregime in der Ukraine müsse nun unbedingt verhindert werden und zumindest unsere langfristige Unterstützung zugesichert sein. Gut sei: Putin habe entgegen seiner Erwartungen nicht Indien und China an seiner Seite, und die Zwangsrekrutierung in Russland setze seinem Ansehen zu. Auch die aktuellen Sanktionen kämen in Russland an, so erklärte Adler, Putin habe in Wladiwostok gewütet, wie sie das noch nie erlebt habe: „Die Sanktionen treffen ihn und sind richtig!“ Den Wunsch nach Lockerungen der Sanktionen zugunsten besserer Gaspreise im Herbst beantwortete sie mit Winston Churchill: „Beschwichtigen heißt, ein Krokodil zu füttern, in der Hoffnung, dass es einen zuletzt frisst.“ Adler stellte abschließend klar: „Einen Kriegstreiber wie Putin kann man so nicht aufhalten. Wenn sich der Westen jetzt wegen Gaspreisen zerfleischt und unsere Unterstützung für die Ukraine wegbriecht, dann werden wir auf lange Zeit sehr viel verlieren.“